



Kommunale und funktionale Selbstverwaltung – Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Prof. Dr. Thomas Mann





Gliederung

A. Begriffliche Grundlegung

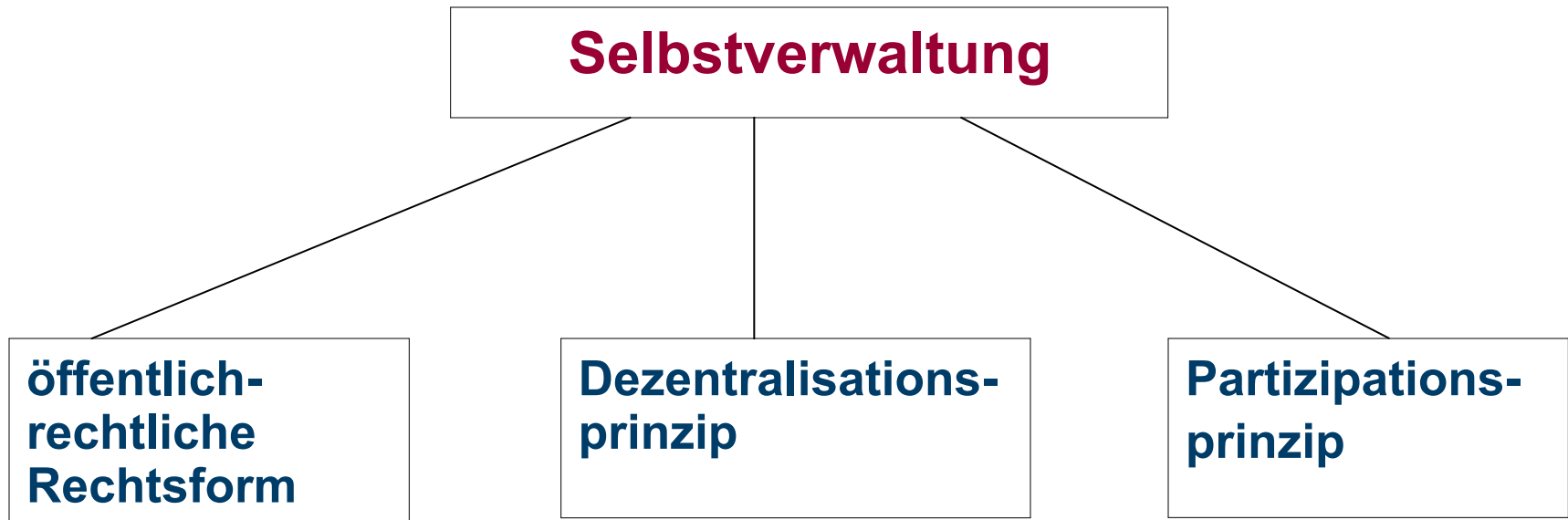
B. Entstehung und Entwicklung der Selbstverwaltungsidee

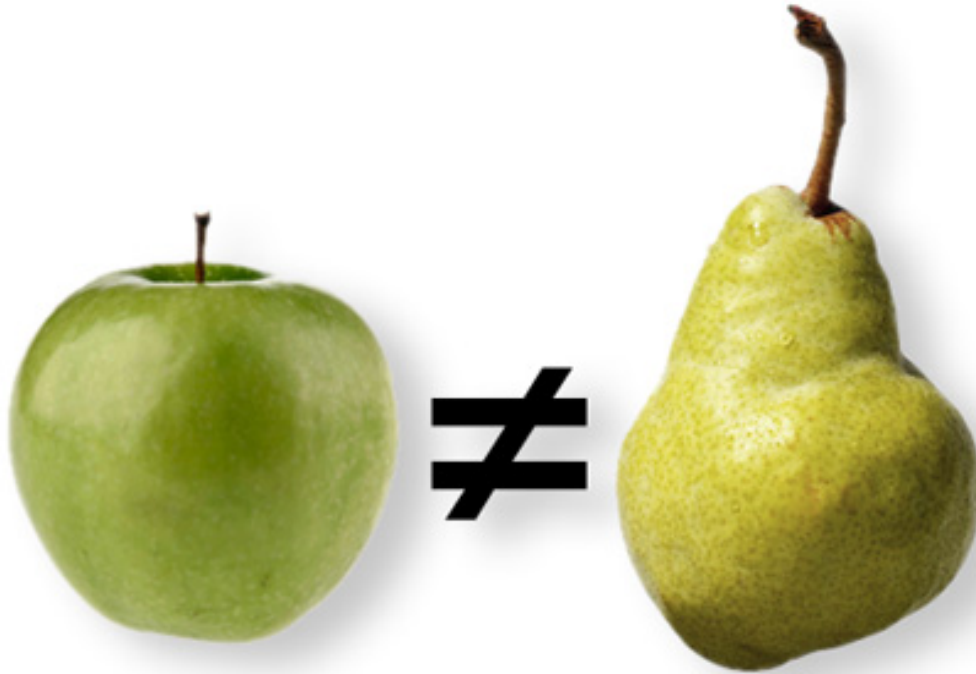
C. Gemeinsamkeiten und Unterschiede

- I. Verfassungsrechtliche Grundlagen
- II. Demokratische Legitimation
- III. Konsequenzen für die Übertragbarkeit von Rechtsregeln
- IV. Organisationsstrukturen
- V. Aufgabenwahrnehmung
- VI. Staatliche Aufsicht

D. Fazit







**Kommunale
Selbstverwaltung**

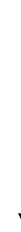
Gebietsbezogenheit



Einwohner

**Funktionale
Selbstverwaltung**

Aufgabenbezogenheit



Mitglieder/Betroffene



Kommunale Selbstverwaltung

Funktionale Selbstverwaltung

Gewerbe

Handwerk

Freie Berufe

- Stadtrechte des
Mittelalters

- „chambres de commerce“/
als Hilfsorgane staatl.
Behörden

- Mittelalterliche
Zünfte

- Seit 18. Jh. „staatlich
gebundene Berufe“

- 1808 preußische
Städteordnung

- preuß. Kaufmannschaften,
Anerkennung durch staatl.
Verleihung

- „Etatisierung“
durch Handwerks-
kammern 1897

- Emanzipation durch
Selbstverwaltung



Verfassungsrechtliche Gewährleistung

Kommunale Selbstverwaltung

Grundgesetz: Art. 28 II GG

- objektive und subjektive Garantien
- Bestandsschutz

Landesverfassungen:

wie Art. 28 II GG

Funktionale Selbstverwaltung

Grundgesetz: (-)

- kein Bestandsschutz
- Verortung in Verfassungs- und
Strukturprinzipien

Landesverfassungen:

- explizite Erwähnung
- Organisationsnormen
- Selbstverwaltungsgarantie (in BW
und Nds.)

aber keine Existenzgarantie und
keine „funktionale Verfassungs-
beschwerde“

Demokratische Legitimation

Kommunale Selbstverwaltung

Art. 20 II, 28 I 2 GG

„Kommunalvolk“ als Teilvolk
vermittelt organisatorisch-
personelle Legitimation

Funktionale Selbstverwaltung

Art. 20 II GG

Mitglieder ≠ Volk

Legitimationsvermittlung str.:

A

Nur durch strikte
Gesetzesbindung
und demokratisch
verantwortliche
Aufsicht

B

„autonome“ Legitimation
durch Mitglieder
schafft hinreichendes
Legitimationsniveau

C

Gründungs-
akt der
Körperschaft
verleiht die
Legitimation

BVerfG: funktionelles SVw-Konzept ergänzt und verstärkt demokrat.
Legitimation, wenn

- Aufgaben und Befugnisse durch Gesetz bestimmt sind
- Aufsicht durch demokratisch legitimierte Amtswalter

Konsequenzen

- Wahl zu den Organen **der kommunalen Selbstverwaltung** muss strikt den Wahlrechtsgrundsätzen des Art. 38 GG folgen, **bei der funktionalen Selbstverwaltung** sind bei entsprechender Rechtfertigung Abweichungen möglich.
- Organisationsgrundsätze aus dem Kommunalrecht können **nicht** einfach zur **Lückenfüllung analog** auf die funktionale Selbstverwaltung angewendet werden. Es bedarf jeweils im Einzelfall der Feststellung einer Vergleichbarkeit.
- Als Folge des unterschiedlichen Aufgabenzuschnitts und der stärkeren verfassungsrechtlichen Absicherung ist die **Abwehrposition der funktionalen Selbstverwaltung** gegenüber der Auferlegung neuer staatlicher Aufgaben **deutlich schwächer** ausgeprägt.
- Die Idee der Selbstverwaltung verlangt **tendenziell** eine **Beschränkung auf Rechtsaufsicht**, was detaillierte Interventionen im Innenbereich der Selbstverwaltung ausschließt.



**Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit**

